

Offener Brief von Dr. Halis Yildirim (Universität München/Institut für Philosophie),
17. April 2017:

Wie konnte Erdogan gewinnen?

1. Es gab keinen aktiven Widerstand gegen Erdogan. Die Opposition wurde in die Passivität gedrängt. Demonstrationen und Kundgebungen von Opposition wurden stark beschränkt, und die beiden Vorsitzenden der HDP sowie tausende Aktivistinnen sitzen immer noch im Gefängnis.
2. Nur drei Tageszeitungen konnten offen für Nein stehen, die anderen waren entweder für offenes Ja oder für neutrales Ja. Viele oppositionelle Tageszeitungen und Fernsehsender waren bereits verboten.
3. Es gibt weiterhin eine starke Bindung zwischen Erdogan und seiner Wahlbasis. Erdogan konnte gestern seinen Bonapartismus (sich über den Staatsapparat zu erheben) institutionalisieren. Es gab beim Nein-Lager keine sozialen Forderungen, die die Basis Erdogans überzeugen konnten. Erdogan, mit dem das Land in die schwerste Wirtschaftskrise des Landes galoppiert, konnte nicht entlarvt werden und mit den sozialen Fragen in die Ecke gedrängt werden. Die Hälfte des Landes hat deutlich gezeigt, dass sie nicht mit dem Ausnahmezustand, der Kriegspolitik einverstanden ist. Dazu kommt, dass sehr viele Ängste vor der kommenden Wirtschaftskrise existieren.
4. Wer hat Erdogan gewählt? Die zentral-anatolische Städte und die Städte an der Schwarzmeerküste haben für Erdogan gewählt. Also die Bauern und Kleinbürgertum auf dem Land haben Erdogan unterstützt. Auch in den Städten die wichtigen Teile der verarmten Massen waren für ihn. In den Städten kam es zu größten Stimmenverlusten für Erdogan. Seit 1994 haben die Neo-islamische Parteien die Oberbürgermeisterinnen in den beiden Städten Istanbul und Ankara. Diesmal lag Nein in den größten Metropolen der Türkei vorne. In 4 der 5 größten Städte der Türkei lag das Nein vorne. Es gab sehr starke Stimmenverluste für die Koalition der AKP und ultranationalistische MHP. Beide bekamen in der letzten Wahl im November 2015 62% Stimmen, gestern nur noch 51%. Die Städte und die kurdischen Städte haben für Nein gestimmt. Je kurdischer und städtischer eine Wahlregion ist, gehen desto stärker gehen die Stimmen der AKP und MHP zurück. Auch die Bildung bestimmt, wer für AKP stimmt. Je höher die Bildung ist, desto weniger bekommt die AKP Stimmen.

Was passiert nun?

5. Erdogan hat gestern Nacht wieder betont, dass er die Todesstrafe einführen wird. Das ist das Zeichen, dass dieser Übergang keine demokratischen Rechte mit sich bringt, sondern den repressiven Charakter des Erdogans Bonapartismus deutlich ausdrückt. Repressionen gegen Frauen und LGBT werden durch den Staat immer mehr geduldet und die Gesetze werden undemokratischer. In der Türkei werden jedes Jahr inzwischen über 1000 Frauen getötet. AKP schränkt mit ihrer Frauenpolitik den Alltag der Frauen ein, wer selbstständig über sein eigenes Leben entscheiden möchte, wird bestraft.
6. Erdogan fühlt sich bestätigt, den Kriegskurs in Syrien aufrecht zu erhalten. Das bedeutet für ihn: Die dortigen kurdischen Strukturen anzugreifen, die islamischen Kräfte zu unterstützen und die türkischen Truppen in Syrien auf Dauer zu stationieren.
7. Der repressive Bonapartismus Erdogans bedeutet: mehr staatliche Gleichgültigkeit gegenüber Frauenmorden, massive Prekarisierung der Arbeitsbedingungen, Repression gegenüber Gewerkschaften und Gewerkschaftsmitgliedern, gerade wenn sie streiken wollen, Zubezogen der Städte und Zerstörung der Umwelt, Vernichtung der Resten von der akademischen Freiheit. Schritt für Schritt werden die noch existierenden Freiheiten in der Türkei zurückgenommen.
8. Erdogan wird hier keine Zugeständnisse machen, solange er dies nicht tun muss. Er wird die Universitäten weiter verwüsten und die wissenschaftliche Bildung durch nationalistische und religiöse Bildung ergänzen. Er denkt sowieso die sozialen Wissenschaften (Philosophie, Soziologie, Kunst, Literatur usw.) nicht wichtig sind, solange die Bauprojekte im Lande laufen, alles sei in Ordnung. Der GEW-Aufruf hat vielen Betroffenen in der Türkei Hoffnung gemacht, dass sie nicht alleine sind und Unterstützung weltweit haben. Während die Entlassenen z.B. allein durch unseren GEW Aufruf fast von tausend Wissenschaftlerinnen weltweit unterstützt werden,

bekommt Erdogan nach seinem Referendumssieg Anruf nur vom König in Bahrein und Staatspräsident von Aserbaidschan. Das ist eine moralische Unterstützung für unsere entlassenen Kolleginnen.

Die Akademien und Perspektiven:

Die Menschen in der Türkei können diesen politischen Winter mit Solidarität aus dem Ausland überleben und werden sicherlich immer wieder neue Kämpfe starten. Ewig lässt ein Streik (die letzten beiden Metall-Streiks wurden staatlich hinausgeschoben) nicht verbieten, ewig lassen die Menschen die Zerstörung der Umwelt nicht zu, die Frauen werden nicht die Ermordung der Frauen und LGBTs zulassen, und ewig kann Erdogan nicht so weitermachen.

Daraus ergibt sich folgendes:

Erstens: Es muss gesellschaftliche Aktionen auf den Straßen in Deutschland geben, die mehr demokratische Freiheit in der Türkei fordert und sich mit den entlassenen Kolleginnen, verhafteten Journalistinnen und Abgeordneterinnen solidarisiert.

Zweitens: Wir sind Wissenschaftlerinnen, wir können vor allem Ideen produzieren und analysieren. Das bedeutet, dass wir in der nächsten Zeit mehr über die akademische Freiheit in Allgemeinen oder in der Türkei Ideen entwickeln können und sie veröffentlichen. Die erste Idee von einem großen Kongress existiert bereits. Das Thema lautet: „The repressive policy in Turkey at schools and universities and in other areas. As well as problems of academy and education in general. Its responsibilities and limits.“ Es wird auch ein Buch aus den Beiträgen auf dem Kongress geben. Die akademische Freiheit in der Türkei kann existieren, wenn sie mit der bisherigen Bildung in der Türkei kritisch auch im Ausland umgeht, die weder Genozid an Armenierinnen noch die Unterdrückung des kurdischen Volkes noch die Prekarisierung der Arbeitsbedingungen usw. thematisiert hat.

Drittens: Sowohl türkischer Hochschulrat (YÖK) als auch die Universitäten, die Dozentinnen drangsalieret und entlassen haben, haben ihre Beziehungen ins Ausland. Hier müssen wir ein Boykott in Erwägung ziehen, dass die Zusammenarbeit zwischen türkischen und internationalistischen Universitäten nicht mehr normal läuft.

Viertens: Es sind inzwischen einige entlassene Dozentinnen im Ausland, weil sie das Land rechtzeitig verlassen durften oder das Land auf dem illegalem Weg verlassen haben. Initiativen wie Philipp Schwartz sollen in der nächsten Zeit mehr finanziell unterstützt werden, damit diese Menschen akademisch weiterhin tätig sein dürfen.

Mit freundlichen Grüßen

Halis Yildirim